

Deutscher Reichstag.

32. Sitzung vom 22. Januar.

1 Uhr. Am Bundesrath: Dr. von Bötticher u. A. Zur Berathung gelangt zunächst die Interpellation bei

Abg. Auer und Gen.: Welche Maßregeln haben die verschiedenen Regierungen ergriffen oder denken sie zu ergreifen, um dem notorisch vorhandenen Nothstand entgegenzuwirken, der in Folge anhoudender Arbeitslosigkeit sowie des allgemein gedrückten Gewerbestandes in den weitesten Volkstheilen herrscht?

Da sich Staatssecretär Dr. von Bötticher zur sofortigen Antwort bereit erklärt, erhält zur Begründung das Wort Abg. Viebeck (Soz.): Ich bedauere, daß ein solcher Gegenstand vor so leeren Häusern verhandelt wird. Das zeigt, welches Interesse er bei der Masse der Anwesenden findet. Ein Redebedürfnis haben wir bei Einbringung der Interpellation nicht empfunden; für die Reden sorgen schon die Regierungen genügen. Nothstandsbedürfnisse haben wir ja auch genug gehabt, nur war es der Nothstand der Reichen, um den es sich zu handeln übernahm, wozu wir schon begehren, begreifen im Interesse der Reaktion heraufbeschworen wird, um Grund zu Begriffsmissverständnissen gegen die Sozialdemokratie zu befürworten. In der nächsten ersten Kammer hat mein Herrsitzer strengere Maßregeln gegen die Sozialdemokratie befohlen. Es soll also der jegliche Nothstand im Interesse der Reaktion demütigt werden. Diese Schläge war der Grund für unsere Interpellation. Zwischen Anarchismus und Sozialdemokratie herrscht ein unüberbrückbarer Gegensatz; ersterer ist nichts wie der Doppelgänger der heutigen Gesellschaft. Ein Anarchismus existirt bei uns in Wirklichkeit überhaupt nicht. Gerade wenn die Sozialdemokratie am stärksten ist, kann kein Anarchismus existiren. Darum haben wir hier auch keine Alternative, wie in Frankreich, wo der Anarchismus häufiger vorgekommen wäre. Wenn in Berlin die Straße vom Bürgerthum freigehalten werden ist, so hat man das nur der Sozialdemokratie zu verdanken. (Widerpruch.)

Der Nothstand, der vor einem, zwei Jahren bestand, besteht noch heute. Daß dieser Nothstand noch nicht ausgetrieben ist, das muß zu denken geben. Die Masse der Arbeitlosen hat sich nicht vermindert, hundttausende in Deutschland sind ohne Arbeit, nicht bloß Saisonarbeiter, sondern Arbeiter, die in Folge der allgemeinen Wirtschaftskrise ohne Beschäftigung sind. Diese Krise erstreckt sich ja nicht bloß auf Deutschland, sondern unter ihr leidet die ganze Welt. In England hat die Regierung zugesehen, daß ein Nothstand besteht und sich bereit erklärt, Alles zu thun, was ihm entgegenwirkt kann. Das ist aber auch die einzige Regierung, die etwas gethan hat. Hier sagt man nicht einmal dafür, daß eine Statistik der Arbeitslosen aufgenommen wird. Wir haben ein Mal, das ist Sache nicht des Reichs, sondern der Einzelstaaten, so ist das natürlich. Das Reich würde das Mühe aufstellen für die Maßregeln, wie man dem Nothstand zu Leibe gehen kann. Wir verlangen natürlich nicht, daß die Regierung einem Zustande, der nicht die Folge der organischen Gesetzgebung ist, über Nacht ein Ende mache. Aber es ist notwendig, daß der Staat das thue, wozu er verpflichtet ist. Es ist notwendig, Arbeitslosen zu schaffen. Sehe man sich doch einmal an, was durch menschliche Arbeit aus dem Grundwald gemacht werden ist. Dasselbe könnte man z. B. in der Kinnberger Haide machen. Warum nimmt der Staat derartige Arbeiten nicht in die Hand? Da könnten, wie seiner Zeit bei dem Zunderke in Holland, hundttausende beschäftigt werden, wenn das Reich das die Initiative ergreife. Eine weitere Maßregel, zu der das Reich den Anstoß geben könnte, wäre die Einführung des Achtstundentages für öffentliche Arbeiten. Denn nimmt der Staat den Arbeitenden noch das höchste Arbeitslohnrecht. Die Post z. B. nimmt statt Arbeitslohn Soldaten zur Abhilfe, die nun die Arbeiter um ihr Brot bringen. Ich hoffe nicht, daß sich der Staat auf den Standpunkt des Staatsbauraths Hochrecht stellt, der gesagt hat, man dürfe den Nothstand nicht eingestehen, sonst erwecke man Arbeitslosen und Beschäftigte. Dessen halte ich Herrn Bötticher nicht fähig. Daß ein Nothstand besteht, beweist die Kontostatistik, deren Zahlen im Steigen sind. Hat man je hier im Reichstage bei dem Antrage auf Aenderung der Kontostatistik gesagt, daß 1/10 aller Gehälter latent bankrott sind. Was ist aus Chicago geworden? Ein großer Riach mit 200 000 Arbeitslosen. In Amerika ist die Krise am wenigsten noch größer als bei uns. Der Nothstand herrscht in Frankreich und überall. Wollen da etwa die Antikritiken mit ihrem sozialistischen Programm helfen? Wenn sie uns den ersten Anbruch zeigen, den sie reich gemacht haben, und auf dem Reich des Hauses niedertreten (Geheiß), werden wir sofort Antikritiken. Sofort kann ja der Staat nicht helfen, aber er soll vorbereiten, was erforderlich ist. Alle Stripes, die wir in Europa und Amerika gehabt haben, sind, wie ich behaupte, von den Arbeitgebern verschuldet und provoziert worden, deren System es ist, die Leute auf die Straße zu werfen und Hungers sterben zu lassen. Man spricht so viel von dem sozialen Königthum, von dem roi des gueux, dem König der Bettler, das heißt der Armen. Wir haben ja auch Wohlthätigen genug gehabt, aber es fehlt uns bereits der Glaube. Das soziale Königthum hat keinen Consignation gemacht in dem Schloßhof von Neunfirzen; König Stumm ist Sieger geblieben (Lärm und Heiterkeit). Der Staat hat die Pflicht, ihr augenblickliche Hilfe zu sorgen und Hilfe auf die Dauer vorzubereiten. Wenn das Reich nicht kann, wozu haben wir denn das Reich? Ihre Furcht vor dem Anarchismus beruht auf Ihrem falschen Gewissen. Bannes! Es das Gehens des Anarchismus, aber benutzen Sie es nicht für Zwecke der Reaktion in einer Weise, die Ihnen vielleicht für die nächste Zukunft nützen mag, auf die Dauer aber verberlich werden muß für Sie, für Deutschland, für die ganze Welt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssecretär von Bötticher: Wir können Heilmittel für Nothstände nur auf Grund unserer heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung suchen und uns nicht auf Experimente einlassen, deren Erfolg zweifelhaft ist. Wir beschäftigen uns heute mit derselben Interpellation, wie vor einigen Jahren und der Borenderer hat nichts Neues beigetragen. Daß ein Nothstand innerhalb der Grenzen des deutschen Reichs unter der arbeitenden Klasse an verschiedenen Orten besteht, das zu leugnen, fällt mir nicht ein, ebensowenig, wie ich das im vorigen Jahre gethan habe. Ich gebe zu, daß der an einigen Orten bestehende Nothstand Einzelne hart drückt, aber

meines Erachtens kann allein Gegenstand der Erwägung werden, auf welchem Wege das Reich die Mittel beschaffen kann, die Noth abzuheben, und in der Beziehung hat mich der Borenderer im Stich gelassen. In Vorbereitung dieser Interpellation habe ich mich bemüht, ein möglichst klares Bild darüber zu verschaffen, wie es mit dem Nothstand ausseht und mich an die Industrie mit dem Größten gewandt, mir die Lage des Arbeitsmarktes, die Beschäftigung der Arbeiter vorzubereiten für, daß die Verhältnisse auf diesem Gebiete augenblicklich verstanden sind. Der industrielle Nothstand zeigt sich am meisten in den großen Städten und trifft nicht nur den Arbeiter, sondern auch den Arbeitgeber. Ungünstig liegen, aber nur in einzelnen Distrikten, die Bergbau, Spiegelglasindustrie. In günstiger Lage dagegen befinden sich die Zuckerindustrie, ein großer Theil der chemischen Industrie, der Schuhwaren-Industrie, die Brennerien, der Kohlenbergbau und die Textilindustrie. Sehr angenehmem ist, daß die Arbeitgeber selbst unter großen persönlichen Opfern bereit gewesen sind, Vorkosten zu leisten und Arbeiterentlassungen zu vermeiden. Es ist ganz falsch, wenn Herr Viebeck sagt, es mache den Arbeitgebern Freude, die Arbeiter auf die Straße zu werfen. So etwas in die Welt zu schleudern ist nicht gut, das gebe zu, daß die Arbeiter noch Arbeit eine erhebliche ist. Aber es giebt auch Distrikte, wo die Nachfrage nach Arbeitern größer ist als das Angebot. Das war der Fall in dem landwirthschaftlichen Gewerbe in den preussischen Ostprovinzen (Geheiß bei den Sozialdemokraten), nicht bloß dort, sondern auch in der Posa, Oden-, Unter- und Mittelbräuerei, im Königreich Sachsen u. s. w., ferner in der Textilindustrie in Hannover und Westfalen, in der Cementindustrie in Schlesien, im Handwerk in der Oberpfalz, Württemberg, Schwaben und Lothringen. Die Höhe haben durchaus nicht eine weiche, sondern eine steigende Richtung. Das beweisen die Begründungsbilder auf Grund der berufsgenossenschaftlichen Statistik. 1886 gab diese Statistik ein durchschnittliches Begründungsbild von 48,80 Mt., 1892: 57,86 Mt., das bedeutet ein durchschnittliches Minimallohn 1886 von 792 Mt., 1892 von 867,90 Mt. oder procentual von 115,5 Proz. im Durchschnitt von 9,7 Proz. Nun aber ist zu bemerken, daß in Bezug auf das Beschäftigen der Arbeitskräfte, den Fluktuation der Arbeiterbeschäftigung von Agilitäten einwurzelt worden ist. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Ich rede nicht von sozialdemokratischen Agilitäten (Abg. Vebel ruf: Hund der Landwirthe). Dieses Wechseln der Arbeitskräfte wird in Scene gesetzt, um einen bestimmten Minimallohn zu erreichen und das befördert auch die Arbeitslosigkeit. Was die Arbeitslosigkeit-Statistik betrifft, so würde eine solche wenig Wert haben, weil die Verhältnisse fortwährend wechseln. Dann aber fehlt es auch an einer Begriffsbestimmung der Arbeitslosigkeit. Denn es fragt sich, ist nur der arbeitslos, der arbeiten will, aber keine Arbeit findet, sondern auch der, der überhaupt nicht arbeiten will. Wie bereits oben ausgeführt, hat die Lebenshaltung der Arbeiter durchweg eine Besserung erfahren. Von Steuerrückständen ist jetzt weniger die Rede als früher, ebenso von Anträgen auf Steuererlassen; auch von einer vermehrten Quantität der Armenunterstützung wissen meine Berichte nichts; die Lebensdauer hat sich 1892 einen veränderten Geschäftsumfang aufzuweisen; in Berlin sind etwa 250 000 Mt. Gehälter weniger ausbezahlt worden und die Zahl der Pfänder hat sich vermindert. Auch die Sparbanken habe ich hier ins Gesicht zu führen. Im vorigen Jahre wiesen die Sozialdemokraten darauf hin, daß sich die Sparanlagen vermindert hätten. Ich kann jetzt mit Freude hervorheben, daß sich im vorigen Jahre, wenn auch nicht überall, so doch an vielen Orten die Sparanlagen vermehrt haben. Der Nothstand wird auch oft übertrieben. So haben sich in Hamburg 1892 für Begearbeiten, Straßenreinigung und Baggeri keine Arbeiter gefunden. In Bremen konnte ein Kapital, das zur Unterbringung Nothleidender aufgebracht worden war, nicht verwendet werden. (Aa! Aa! bei den Sozialdemokraten.) In Mannheim meldeten sich nach dem „Sozialpolitischen Central-Blatt“ von 1072 Anfangs Dezember gegähnten Arbeitslosen die Arbeit und es erschienen nur 33. Ich kann diese Angaben nicht tollkühnen (Aa! Aa! Aa! Sie beugen sie!) Sie berufen sich auf die Vorgänge vom Donnerstag. Aber diese Verammlung ist ja gar nicht zu Stande gekommen. Der Verranger derselben war gar nicht erschienen, obwohl es die polizeiliche Bekräftigung der Anmeldung der Verammlung bezeugt. Es scheint also, als ob er irgendwem anderen Sinnes geworden war. Was nun die angeblichen Ausföhrungen der Polizei anlangt, so kann ich mir hervorheben, daß weder beim Polizeipräsidenten, noch beim Herrn Minister des Innern, noch bei dem Herrn Reichskanzler irgend eine Beschwerde darüber eingegangen ist, daß die Polizei an jenem Donnerstage ihre Befugnisse überschritten hat. (Geächter bei den Sozialdemokraten.) Wenn jemand unter einem Uebergriff der Polizei zu leiden hat, so ist es doch das naturgemäße Gegeben, und dem gegenseitigen Gange Entgegenbreiten, daß er sich an die Vorgesetzten des Beamten wendet, über den er zu klagen hat, und wenn das in diesem Falle nicht geschieht ist, so war doch der Schluß berechtigt, daß solche Ausföhrungen der Polizei nicht stattdessen haben. (Zuuf von den Sozialdemokraten: Lesen Sie denn keine Zeitung?) Wenn die Regierung jede Beschwerde in der Presse veröffentlicht, so würde sie nur mit dieser Sache befaßt. (Abg. Frohne äußert in verschiedenen Zwischenrufen seine Unzufriedenheit mit der Ausföhrung des Staatssecretärs und wird vom Vizepräsidenten Herrn v. Bülow-Beerenzug zur Ordnung gerufen.) Was nun den Nothstand anlangt, so hat derselbe keine locale Ausdehnung und Intensität, daß das Reich dagegen irgend etwas unternehmen müßte. Die einzelnen Gemeinden und Stadterwaltungen thun ihr Möglichstes, um helfend einzugreifen. Wenn nur jeder an sich selbst befreit, so wird's besser werden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Auf Antrag des Abg. Singer tritt das Haus in die Berathung der Interpellation ein.

Abg. Frhr. v. Stumm (R.-P.): Der Abg. Viebeck hat zwar behauptet, daß er Kallamane verfolge, aber die immerwährende Betonung derselben Dinge in demselben Hause beweist doch, daß etwas Anderes nicht vorliegt. Durch Aufsuchen vorhandener Zustände soll das Interesse der großen Masse an den Bestrebungen der Sozialisten wachgehalten werden. Die Größten, die den Arbeitern zu Gunsten der sozialdemokratischen Führer entgegen werden, belausen sich auf große

Summen und sind sicher mit Schuld an dem Nothstand der Arbeiter. Erfreulicherweise giebt es in Deutschland aber noch Arbeiter genug, die sich von den Sozialdemokraten noch nicht völlig haben umgarnen lassen und die die ungeheure Verbesserung ihrer Lage infolge der Wohlthaten der Sozialdemokraten und sozialpolitischen Gesetze wohl einsehen. Sehr viel Arbeitslosigkeit hat die Bevölkerung der Militärkolonien erfahren, deren Ausnahme sich die besonders vorzuziehen haben, die jetzt am Meisten über den Nothstand klagen. Viele Arbeitslose können jetzt zur Fabrik einberufen werden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sollte das Tabaksteuergesetz die Kraft trennen, so wird die Landwirthschaft in der Lage sein, viel mehr Arbeiter zu beschäftigen. Wenn Sie die Arbeitslosen aus den großen Städten auf das Land und in die kleinen Städte zurückführen könnten, so brauchen Sie nicht die Kinnberger Haide zu kultiviren. Hier liegt der Schwerpunkt zur Verminderung des ganzen Nothstandes: die Verminderung des Zuflusses der Arbeiter nach den großen Städten. Daß die Polizei am Donnerstag gegen die Arbeitslosen einschritt, mußte sie thun, weil sich diese zu Jügen zusammenzuschließen und Kravalle daraus zu betreiben waren wie vor 2 Jahren. Damals wurde der Polizei gerade ein Wortwurf daraus gemacht, daß sie nicht rechtzeitig eingeschritten ist. Uebrigens ist bei dem Renföhrer am Donnerstag eine eilige Verurteilung vorgenommen. Das beweist doch, daß die Polizei mit großer Hinficht vorgegangen ist. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sozialdemokratie und Anarchismus sind eigentlich ganz dasselbe; sie unterscheiden sich nur in der Auffassung über die Möglichkeit des Zeitpunktes zu welchem losgehoben werden soll. Noth thut uns, wenn auch nicht ein internationaler, so doch ein internationaler Zusammenstoß bei uns, eine gemeinsame Abwehr gegen die Revolution, ob sie eine direkte oder indirekte ist. (Lachen bei den Sozialdemokraten, Beifall rechts.)

Abg. Richter (Fr. P.): Wir sind gewiß dafür, daß vom Staate gethese, wo zur Berichtigung der Nothstände gethese kann. Aber die Herren Interpellanten thun so, als ob der Staat diese Nothstände verhindern könnte. Herr v. Stumm vertritt sich allerlei von den Arbeitern. Die Intelligenz dieser Junterparlamente ist schon jetzt im Herrenhause, Abgeordnetenhause und Reichstage vorhanden. Der Staat kann etwas thun, indem er den Grundbesitz mobil macht und den kleinen Leuten den Erwerb von Landbesitz ermöglicht. Aber das, was er jetzt thut, ist gerade das Gegenteil. Der Grundbesitz soll immer fester gelegt werden. Wenn Herr v. Stumm meint, die Soldaten, desto besser im Lande, so befindet er sich nicht auf dem Standpunkte des Generals v. Steinmeier, welcher meinte, das Militärbudget würde wie ein beschränkter Regen. Aber je mehr Soldaten, desto weniger Private, die das Geld aufbringen. Die Regierung hätte — damit wäre schon viel gewonnen — die Steuererlege zurückgeben sollen, welche ja doch ausföhrlos sind. Schon die bloße Beumrührung durch diese Steuererlege schädigt die Industrie. Geschädigt wird sie aber auch durch den Zollkrieg mit Ausland. Darüber geben die von der Hagener Handelskammer veröffentlichten Ziffern erschöpfende Auskunft. Ich möchte da den Wunsch äußern, daß sobald der Handelsvertrag parapsirt ist, wenigstens das Verhältnis mit Ausland wieder hergestellt wird, wie es vorher bestanden hat. So kann es nicht mehr geben, wie es jetzt ist, hier heißt es biegen oder brechen. Die Herren Konserbatoren werden sich der Annahme des Handelsvertrages nicht widersehen können. Sehr bedauerlich war angeführt der gegenwärtigen ungünstigen Verhältnisse die füngste Devisen im Herrenhause, die den Reichthümlichen auch einige Redner beiföhrten gerade eine Vermögenskonstitution. Bedauerlich war auch die nebelhafte, nicht streng abweisende Haltung der Regierung in dieser Frage. Der Reichsanfpräsident Koch bezeichnet das Selbsthan an der Geldwährung als die Grundlage einer gesunden Wirtschaftspolitik. Die Antwort der Regierung war, wenn man sie auch nicht so zu verstehen braucht, doch eine allzu entgegenkommende. Die Regierung hatte die Zustimmung ablehnen müssen, die in der Interpellation ausgesprochen war. Solche nebelhaften Erklärungen sind nur im Stande, den Realcredit und die wirtschaftlichen Verhältnisse zu schädigen. Je weniger die Regierung vermag, auf die ungünstigen gewerblichen Verhältnisse einzuwirken, um so mehr sollte sie sich davor hüten, den Boden einer gesunden Wirtschaftspolitik zu verlassen. (Beifall links.)

Abg. Vebel (Soz.): Der Abg. Richter hat gesagt, Staat und Reich seien für den Nothstand nicht verantwortlich. Umgekehrt ist ich der Meinung, daß Staat und Reich, daß große Deutsche Reich, das letzte künftige Gesellschafts-Schuld und Verantwortlichkeit an den herrschenden Zuständen tragen. Auch wir verlangen selbstverständlich nicht, daß Staat und Reich in einem Schlage eine Aenderung der Zustände bewirken sollen. Staatssecretär von Bötticher hatte sich im vorigen Jahre allein auf die Berichte der sachlichen Faktisinspektoren gestützt. Dermal hat er sich doch genöthigt gesehen, eine große Anzahl von Erhebungen anzustellen. Auf die Berichte der sachlichen Faktisinspektoren kann er sich in diesem Jahre auch nicht stützen, weil diese unseren Darstellungen vollkommen recht geben. Es ist unbedenklich, wie man angeführt der allgemein offen zu Tage liegenden Nothstände noch immer die Augen schließen kann. Wenn Sie doch die „Pöfische Zeitung“, die doch ein richtiges Bourgeoisblatt ist; lesen Sie doch die Berichte der Handelskammern und Aktiengesellschaften. Der Staatssecretär hat auf eine Reihe von Industrien mit noch gegenwärtig lebhaftem Geschäftsgange hingewiesen, vor allem auf die Zuckerindustrie. Diese befindet sich aber doch jetzt im Wechsels ihrer Kampagne. In der Textilindustrie aber herrscht Arbeitslosigkeit in großem Umfange. Und wie kann er die Kohlenindustrie anföhrlich! Durch Kohlenindustrie hält man diese Industrie in festeren Händen. Ich schaff den Aktionären große Dividende, aber auf Kosten der Arbeiter, die nicht genügend gelohnt und zum Theil aus der Arbeit entlassen werden. Wir verlangen in erster Linie, daß das Reich die gesetzgeberischen Maßnahmen, die ihm möglich sind, zu Gunsten der Arbeiter trifft und vor Allem die bereits durch die Gesetzgebung in diesem Sinne beschlossenen Einrichtungen auch durchföhr. Heute nach drei Jahren haben wir noch keine Aussicht auf Durchführung der Sontagsruhe auch für die industriellen Arbeiter. Statt dessen will man die bestehende Sontagsruhe im Handeldgewerbe noch einschränken. Wie kann es die Regierung verantworten, angesichts des doch unmöglich zu leugnenden Nothstandes solche Steuererlege einzubringen, wie die Tabak- und Weinsteuer, die Bezahlung von Arbeitern auf die Straße werfen müssen. Reich und Staat sind die größten Arbeitgeber, sie beschäftigen mehrere Millionen Arbeiter, ihr Vorgehen ist bestimmend auch

